

II- 1043 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5831J

1976 -07- 06

A n f r a g e  
-----

der Abgeordneten Dr. HAUSER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Stellungnahme des Justizressorts zum Entwurf  
eines Bundesgesetzes über die Ernennung, die Ausbildung,  
die Definitivstellung und die Amtstitel der Bundesbeamten

Zu im Begutachtungsverfahren befindlichen Ministerialentwürfen einlangende Stellungnahmen werden üblicherweise in einer Anzahl von Exemplaren auch dem Nationalrat zur Verfügung gestellt, damit die Abgeordneten schon in einem frühen Stadium in die Lage versetzt werden, von allfälligen divergierenden Meinungen Kenntnis zu erlangen. Der mit Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 7. April 1976, Z. 921020/4 -II/2/76, versendete Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ernennung, die Ausbildung, die Definitivstellung und die Amtstitel der Bundesbeamten hätte bis zum 10. Mai 1976 begutachtet werden sollen. Während zahlreiche Stellungnahmen bereits im Parlament aufliegen und öffentlich diskutiert wurden (siehe Profil Nr. 17, S. 10), ist auffallenderweise ein Gutachten des Justizressorts bisher nicht ergangen. Hingegen hat eine interne Stellungnahme des "Zentralausschusses der staatsanwaltschaftlichen Beamten" zur öffentlichen Diskussion geführt (siehe "Die Presse" vom 13. Mai 1976, S. 3), wobei u.a. die geforderte Aufwertung des Leiters der Staatsanwaltschaft Wien einerseits und die im übrigen grundsätzliche Ablehnung des Entwurfes hervorgehoben wurde.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz folgende

- 2 -

## A n f r a g e :

- 1) Welchen Wortlaut hat das in den Massenmedien zitierte Gutachten des genannten Zentralausschusses ?
- 2) Hat das Bundesministerium für Justiz inzwischen eine Stellungnahme zu dem erwähnten Entwurf erstattet oder von einer solchen überhaupt abgesehen, was üblicherweise als völlige Zustimmung gewertet würde ?
- 3) Waren - im Falle einer Abstandnahme von einer Stellungnahme - wesentliche Einwendungen der verschiedenen im Justizressort tätigen Besoldungsgruppen gegen den geplanten Inhalt einer solchen Stellungnahme hiefür maßgebend ?